



Ronald Pofalla

## Der beste Start einer Bundesregierung seit Jahrzehnten

Die 100-Tage-Bilanz der Regierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel fällt eindeutig aus: Angela Merkel und ihr Kabinett haben einen glänzenden Start geschafft.

Wir können mit Fug und Recht behaupten, dass es der beste Start einer Bundesregierung seit Jahrzehnten ist. Die Menschen spüren das. Sie beginnen wieder mehr Vertrauen in die Poli-

tik zu fassen, und auch die Wirtschaft schaut wieder optimistischer in die Zukunft. Wirtschaftsforscher haben ihre Wachstumsprognosen nach oben korrigiert. Das Geschäftsklima ▶

## Wir handeln.

■ Bilanz der Fraktionsvorsitzenden (S. 4) ■ P. Götz: 100 gute Tage für Städte, Gemeinden und Kreise (S. 5) ■ K. Reiche/I. Aigner: Bildung und Forschung bei der Großen Koalition in guten Händen (S. 5-6) ■ W. Börsen: Kulturpolitik zeigt Profil (S. 7) ■ U. Heinen: Starke Politik für Frauen und Familien (S. 7-8) ■ J. Klöckner: 100 Tage effektive Verbraucherpolitik (S. 8) ■ Angela Merkel: Mehr aus unserem Land machen (S. 9) ■ Politisch-religiöser Dialog: Gewalt ist kein Mittel zur Konfliktlösung (S. 10-11) ■ Sachsen-Anhalt: Kraftvoller Start in heiße Wahlkampfphase (S. 12) ■ Rheinland-Pfalz: Ausbildung und Schule besser verzahnen (S. 13) ■ Hamburg: Fischer im Amt bestätigt (S. 13) ■ M. Fuchs: Ohne mehr Flexibilität kein Jobwunder (S. 14-15) ■ L. Meyer: Positive Signale am Arbeitsmarkt durch konsequente Arbeit stärken (S. 15)

## So urteilt die Presse

„Gemeinsam hat die Koalition [...] den Mumm, etwa in der Renten und der Steuerpolitik Entscheidungen zu treffen, die unpopulär sind, aber wohl auch unausweichlich.“

Hamburger Abendblatt, 23.02.

„Gemessen an den ersten 100 Tagen der meisten Vorgängerregierungen fällt die Anfangsbilanz der großen Koalition in Berlin jedenfalls glänzend aus: Neuer Politikstil, kaum Anfängerfehler, erstaunliche Geschlossenheit, eine im Ausland souverän auftretende Kanzlerin. Warum also das Haar in der Suppe suchen? Wer Merkel schon jetzt erlahmenden Reformeifer unterstellt, unterschätzt sie.“

Flensburger Tageblatt  
vom 23.02.2006

„Angela Merkel – für mich eine Kanzlerin, sie sich kümmert. Unaufgeregt, sachlich und ohne Eitelkeiten. Ein Führungsstil, der unserem Land gut tut.“

SUPERillu vom 23.02.2006

„Und es scheint so, dass auch die Regierten ganz zufrieden sind. Nach mehr als 30 Jahren gibt es endlich wieder Einigkeit an der Spitze des Staates. Kein längiges Parteiengezänk, keine langweilenden Politikerreflexe.“

Badische Zeitung (Freiburg)  
vom 23.02.2006

„Erstaunlich viel ist geschehen unter der Kanzlerin Angela Merkel, doch es bleibt noch mehr zu tun. Großbaustelle bleibt die Sanierung des Etats.“

Berliner Morgenpost, 27.02.

„Nach hundert Tagen großer Koalition ist Angela Merkel die beliebteste Politikerin in Deutschland. Kein Kanzler vor ihr hatte einen derart kometenhaften Start. [...] Im Land der schlechten Laune hat sich die Stimmung aufgehellt. Wir haben eine Bundeskanzlerin, die uns gefällt.“

Der Tagesspiegel Sonntag, 26.02.

Ausführliche Pressespiegel im CDU-Mitgliedernetz unter [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de)

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: [uid@cdu.de](mailto:uid@cdu.de), Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333, Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: [oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de](mailto:oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de), Verlagsleitung: Bernd Profflich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €, Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



► ist so gut wie im Oktober 1991 – mitten im Vereinigungsboom. Kurzum: Ein neuer Anfang für unser Land ist gelungen!

Die neue Bundesregierung packt die Probleme in Deutschland konsequent an:

■ Nach langen Verhandlungen ist die Föderalismusreform vor kurzem endgültig vereinbart worden. Sie ist die größte Verfassungsreform seit der Deutschen Einheit. Mit der Reform wird das Zusammenspiel zwischen Bund und Ländern völlig neu geordnet. Das Ziel: Klarere Kompetenzen, eine schnellere Gesetzgebung und ein effektiverer Staat. Jetzt wird die Reform Schritt für Schritt umgesetzt.

■ Die größte Rentenreform in den letzten Jahrzehnten, die Rente mit 67 Jahren, ist von der Regierung gleich zu Beginn ihrer Arbeit beschlossen worden. Damit wird die Rente demographie- und zukunftsfest gemacht.

■ Die Große Koalition hat ein Beschäftigungs- und Wachstumspaket über 25 Milliarden Euro beschlossen. Wir investieren in Bildung und Forschung, fördern Familien, stärken den privaten Haushalt als

Arbeitgeber und erhöhen die Verkehrsinvestitionen. Allein den Ausbau von Straßen, Wasserstraßen und Schienen unterstützen wir mit zusätzlichen 4,3 Milliarden Euro. Denn jede in Verkehrswege investierte Milliarde Euro sichert rund 25.000 Arbeitsplätze.

■ Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wird zum 1. Januar 2007 von 6,5 auf 4,5 Prozent gesenkt. Damit sinken die Lohnzusatzkosten und die Nettolöhne steigen. Für Arbeitgeber wird es attraktiver, Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten. Zum ersten Mal seit über 10 Jahren werden die Lohnzusatzkosten unter 40 Prozent liegen. Wir setzen damit eine zentrale Vorgabe um, die die Union schon im Wahlkampf 2002 gefordert hat.

■ Die Bundesregierung hat sich darauf geeinigt, Familien rückwirkend zum 1.1.2006 mit zusätzlichen 460 Millionen Euro pro Jahr zu fördern. Eltern werden Kinderbetreuungskosten besser von der Steuer absetzen können. Das ist eine Entscheidung für Familien und für die bessere Ver-

**Wir handeln.**

einbarkeit von Familie und Beruf.

■ Ab 2007 soll der Bundeshaushalt wieder grundgesetzkonform sein. Außerdem wollen wir ab 2007 die Maastricht-Kriterien wieder einhalten. Das ist ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit und schafft mehr Spielraum für Investitionen.

■ Außenpolitisch hat Bundeskanzlerin Merkel erste Akzente gesetzt: Sie hat den EU-Finanzverhandlungen zum Durchbruch verholfen, sie hat im Nahen Osten Standhaftigkeit bewiesen und sie hat gegenüber Frankreich, den USA und Russland gezeigt, dass Deutschland ein verlässlicher Partner, aber auch ein kritischer Freund ist.

Der Bundesregierung ist ein ausgezeichneter Start gelungen. Aber es bleibt noch viel zu tun. Die ersten 100 Tage sind Ansporn für unser weiteres Handeln. Vor uns liegen Aufgaben, die viel Kraft kosten werden. Denn wir haben ein klares Ziel: endlich wieder mehr Beschäftigte und endlich wieder weniger Arbeitslose.

**Wir handeln.**

Eine positive Zwischenbilanz nach den ersten 100 Tagen der Großen Koalition haben die Fraktionsvorsitzenden der Koalitionsparteien, Volker Kauder und Peter Struck (SPD) sowie der CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer gezogen.

„Wir wollen, dass diese Große Koalition zum Erfolg wird“, betonte CDU/CSU-Fraktionschef Kauder. Bei dem Dreiklang aus Sanieren, Investieren und Reformieren, den die Parteien im Koalitionsvertrag vereinbart hatten, seien „bedeutende Schritte“ erreicht worden. Beispielhaft nannte er das 25-Milliarden-Impulsprogramm der Bundesregierung zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung, die Einigung über die Föderalismusreform und das Gesetz zur

Bilanz der Fraktionsvorsitzenden

## Bedeutende Schritte erreicht



Pressekonferenz der Fraktionsspitzen: Volker Kauder (CDU), Peter Struck (SPD) und Peter Ramsauer (CSU)

Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Vize-Kanzler Franz Müntefering hätten als „Gespann“ dafür gesorgt, dass eine ganz andere Stimmung in Deutschland entstanden sei. Die Menschen in unserem Land seien von der Arbeit der Koalition angetan und „hörten der Politik wieder zu“, machte Kauder deutlich.

Die Führungen der Koalitionsfraktionen hätten sich

in den ersten 100 Tagen als „Problemlöser“ erwiesen. Beispielhaft nannte Kauder den Kompromiss bei den Kinderbetreuungskosten und den Durchbruch bei der Föderalismusreform.

Nach CSU-Landesgruppenchef Ramsauer habe sich das vom „Wähler erzwungene Zweckbündnis“ inzwischen als „handlungsfähiges Regierungsbündnis“ erwiesen. Dennoch: „Wir haben nicht vor, zu fusionieren“, sagte Kauder.

### HINTERGRUNDINFOS

Umfangreiche Informationen zur 100-Tage-Bilanz finden Sie

auf [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de)

- Faktensammlung (PDF, 7 Seiten)

- Flugblattset (5 Flugblätter)
- Presseschau (Lang-, Kurzfassung)
- Sprechzettel von Ronald Pofalla zur Pressekonferenz

auf [www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)

- 100 Tage Große Koalition – Erfolgreiche Regierung Merkel. (PDF, 4 Seiten)



## 100 gute Tage für Städte, Gemeinden und Kreise

Kaum im Amt räumte die unionsgeführte Bundesregierung im Dezember 2005 die im Rahmen der Hartz IV-Revision von der rot-grünen Vorgängerregierung beschlossene Rückzahlung in Höhe von rund 3 Mrd. Euro vom Tisch. Die Kommunen hatten damit endlich die notwendige Planungssicherheit für die Aufstellung ihrer Haushaltspläne.

Dieses Beispiel zeigt, dass die ersten 100 Tage der von Bundeskanzlerin Angela Merkel geführten Großen Koalition auch für die Städte, Gemeinden und Landkreise überaus positiv verliefen. Die Botschaft an die Kommunen lautet: Wir halten Wort!

Wir wissen, dass Deutschland für die Bewältigung der großen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben auf starke und handlungsfähige Kommunen angewiesen ist. Neben der Integration von Zuwanderern in unsere Gesellschaft, der städtebaulichen Anpassung an die demographische Entwicklung und dem Ausbau der Kinderbetreuung steht dabei auch der notwendige Ausbau und die Pflege der Infrastruktur des Standorts Deutschland



Peter Götz

im Vordergrund. Konnexität, Einnahmenversteigerung, Ausgabenentlastung, Verschlinkung und Entbürokratisierung stehen deshalb im Zentrum unseres Handelns. Die ersten 100 Tage haben gezeigt, dass die Bundesregierung den Worten auch Taten folgen lässt.

**Peter Götz** ist der kommunalpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion.

## Bildung und Forschung bei der Großen Koalition in guten Händen

**In den ersten hundert Tagen der Großen Koalition haben Bildung, Forschung und Innovation endlich den Stellenwert erhalten, der in der Diskussion bereits seit Jahren eingefordert wird.**

Das Bundeskabinett hat in einem Kraftakt sechs Milliarden Euro zusätzlich bis

**Wir handeln.**

zum Ende der Legislaturperiode für Bildung und Forschung bereitgestellt. Wichtige, bis dato noch nicht finanziell abgesicherte Vorhaben, wie die Exzellenzinitiative für die Hochschulen, der verlässliche Drei-Prozent-Aufwuchs für die großen Forschungsorganisationen – Pakt für Forschung – und der Bau der Großgeräte Röntgenlaser XFEL und des Beschleunigerzentrums FAIR, haben nun eine finanzielle Grundlage.

Die High-Tech-Strategie für Deutschland ist in Arbeit. Innovationsstrategien für die Schlüsseltechnologiebereiche, von der Forschung bis zur Anwendung, lösen isolierte Forschungsprojekte ab. In Kürze wird auch der Innovationsbeirat seine Arbeit aufnehmen.

Der Hochschulpakt ist auf dem Weg. Erste Gespräche mit den Ländern haben stattgefunden. Wir freuen uns, dass in den nächsten Jahren mehr junge Leute zum Studium kommen. Sie sollen günstige Studien- und Forschungsbedingungen an den Hochschulen vorfinden. Der Bund wird vor allen Dingen in die so genannte Vollkostenfinanzierung der Hochschulforschung einsteigen.



## Wir handeln.

Auf eingeworbene DFG-Drittmittel erhalten die Hochschulforscher ab 2007 einen Zuschlag zur Abdeckung der allgemeinen Verwaltungs- und Infrastrukturkosten. Die Finanzierung eines Studiums wird einfacher. Die Bundesregierung hat grünes Licht gegeben für den KfW-Studienkredit. Dieser wird bereits ab dem Sommersemester 2006 angeboten und steht jedem Studenten offen. Der erfolgreiche Ausbildungs-pakt – über 60.000 neue Ausbildungs-



Katherina Reiche

plätze sind bereits geschaffen – wurde um drei Jahre verlängert. Der Pakt wird vom neuen Ausbildungsprogramm JOBSTARTER flankiert. Kleinere und mittlere Betriebe erhalten über das Programm Unterstützung im Ausbildungsmana-



Ilse Aigner

gement und können so leichter Ausbildungsplätze schaffen, dasselbe gilt für Migrantenunternehmen.

**Katherina Reiche** ist Stellv. Fraktionsvorsitzende, **Ilse Aigner** die bildungs- und forschungspolitische Sprecherin.

## REICHE: GROßE KOALITION – FÜR UMWELT EIN ERFOLG

**Die Große Koalition ist für den Umwelt- und Klimaschutz ein Erfolg. Wichtige Bausteine des Koalitionsvertrages sind bereits in den ersten 100 Tagen auf den Weg gebracht worden.**

So ist mit der Neugestaltung des Programms zur energetischen Gebäudesanierung ein wichtiger Schritt gelungen, die Potenziale zur Energieeinsparung im Gebäudebereich zu erschließen. Hierdurch wird sowohl ein

wichtiger Beitrag zum Klimaschutz als auch ein Impuls für Arbeitsplätze in Mittelstand und Handwerk gegeben.

In dieser Legislaturperiode stehen weitere wichtige umweltpolitische Entscheidungen an. Insbesondere Fragen der Energiepolitik werden hier dominieren. Hierzu zählen vor allem der Emissionshandel, die Förderung erneuerbarer Energien und die stärkere Nutzung von Biokraftstoffen.

Auch die Suche nach einem Zwei-Endlager-Konzept für radioaktive Abfälle muss zügig und ergebnisorientiert angegangen werden. Losgelöst von der Debatte um eine längere Laufzeit von Kernkraftwerken müssen hier schnell Vorschläge erarbeitet werden, damit es in dieser Legislaturperiode zu einer Lösung kommen kann.

**Katherina Reiche** ist die Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Kulturpolitik zeigt Profil

### Die Kultur in Deutschland profitiert von der Großen Koalition:

Was die Bundesregierung zugesagt hat, hält sie. Der Kulturetat in Höhe von 1,06 Mrd. Euro erfährt für den Haushalt 2006 eine Steigerung. In einer Zeit von Kürzungen in fast allen Bereichen ist diese Tatsache ein deutliches Signal pro Kultur. Ein berechtigter Erfolg für Staatsminister Bernd Neumann, der Tatkraft, Entscheidungs- und Dialogbereitschaft praktiziert, denn die Kultur schafft auch neue Arbeitsplätze. Seit 1995 stieg deren Anzahl um 31 Prozent, während das Wachstum in allen anderen Bereichen bei annähernd Null stagnierte. Fast 800.000 Erwerbstätige sind in Kulturberufen tätig, knapp 50 Prozent von ihnen selbstständig. Die nationale Autoindustrie beschäftigt ca. 615.000 Menschen. Doch neben dem Bund sind es die Gemeinden mit gut 3,7 Mrd. Euro sowie die Länder mit 3,6 Mrd. Euro, die den Hauptanteil an den Kulturausgaben leisten. Eine großartige Leistung aller drei staatlichen Ebenen. Im europäischen Vergleich liegt die Bundesrepublik damit in der Spitzen-



Wolfgang Börnsen

gruppe der Kulturnationen. Die mit dem Haushaltsentwurf 2006 garantierte Entscheidung der Bundesregierung unter Vorsitz von Bundeskanzlerin Angela Merkel, bei der Beibehaltung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für die Kulturzwecke zu bleiben, ist nicht nur ein Signal für die Wertschätzung kultureller Leistungen und Güter, sondern gleichzeitig eine Aufforderung an die Verantwortlichen – wo möglich – für mehr Arbeitsplätze zu sorgen. Die 100 ersten Regierungstage haben für die Kultur- und Medienpolitik gleichzeitig eine hohe Gemeinsamkeit von Union und SPD bei der Umsetzung von Kulturentscheidungen gezeigt, ob es das Unesco-Übereinkommen zum Kulturgutschutz ist, die Folgerichtlinie oder das Gesetz zur Nationalbibliothek gewesen sind. Die 100 Tage trotz Weihnachtsunterbrech-

**Wir handeln.**

ung waren 100 gute Handlungstage für eine umsichtige, kooperative Kulturpolitik, doch es bleibt noch viel zu tun!

**Wolfgang Börnsen** ist der kultur- und medienpolitische Fraktionssprecher.

## Starke Politik für Frauen und Familien

**In der Familienpolitik hat Bundesministerin Ursula von der Leyen neue Akzente gesetzt. Ihr ist es gelungen, die Familienförderung in der kurzen Zeit zu einem Topthema der Koalition zu machen.**

Mit der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, der baldigen Einführung von Elterngeld und dem Programm „Erfolgsfaktor Familie. Unternehmen gewinnen“ für eine familienfreundlichere Arbeitswelt haben und werden sich die Voraussetzungen für Frauen in Deutschland stark verändern.

Die Union steht für die Wahlfreiheit von Frauen, ihr Leben und ihre Familie nach eigenem Gusto zu gestalten, doch diese Wahlfreiheit ist erst mit der Schaffung neuer Möglichkeiten auch



## Wir handeln.

gesichert. Sie wird mit der neuen Bundesregierung sowohl gefördert als auch vorgelebt, indem sie eine Politik schafft, die sich für Familien und für Frauen gleichermaßen einsetzt.

Angela Merkel ist die erste Kanzlerin in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Kanzlerschaft ist ein bedeutender Schritt – und gleichzeitig ein Signal für alle Frauen. Mit einer Kanzlerin wird die Gleichung „Kanzler = Mann“ endgültig in die historische Mottenkiste verbannt. Mädchen und Frauen können ganz konkret erleben, dass ihnen die Möglichkeit, Politik mitgestalten zu können und verantwortungsvolle Positionen einzunehmen, offen steht.

**Ursula Heinen** ist Vorsitzende der Frauen-Gruppe der Bundestagsfraktion.

### 100 Tage effektive Verbraucherpolitik

**Die unionsgeführte Bundesregierung hat der Verbraucherpolitik schon in den ersten einhundert Tagen der Großen Koalition eine neue Perspektive gegeben: Weg von einer**



Ursula Heinen

### bloßen Symbolpolitik, hin zu einer Verbraucherpolitik als nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik.

Bereits in den ersten Wochen wurden entscheidende Maßnahmen auf den Weg gebracht, wie etwa das Verbraucherinformationsgesetz oder die Novellierung des Versicherungsvertragsrechts.

Die Union lässt dem Verbraucher wieder eine Schlüsselstellung zukommen, denn letztlich entscheidet er über Erfolg und Misserfolg von Unternehmen. Leitbild ist der informierte, mündige Bürger und Konsument. Dort, wo es eine strukturelle Unterlegenheit des Verbrauchers im Marktgeschehen gibt, muss diese ausgeglichen werden.

Der Verbraucherschutzminister Horst Seehofer hat im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes im Zusammenhang mit dem Gammelfleischskandal ge-



Julia Klöckner

nauso wie bei der Geflügelpest sicher und schnell gehandelt – im Sinne einer präventiven gesundheitlichen Verbraucherpolitik. Gerade bei der Bewältigung dieser Probleme sind uns Transparenz und Informationen für den Verbraucher wichtig.

Neben Fragen der Lebensmittelsicherheit und des allgemeinen gesundheitlichen Verbraucherschutzes gewinnen durch die Globalisierung und den technischen Fortschritt auch rechtliche und wirtschaftliche Fragen an Bedeutung. Die Union wird deshalb dort, wo andere Ministerien zuständig sind, immer auch ein Auge auf Regelungen und Gesetzesentwürfe haben, die den Verbraucherschutz betreffen, denn die Union begreift Verbraucherpolitik als Querschnittsaufgabe.

**Julia Klöckner** ist die Verbraucherschutzbeauftragte der Bundestagsfraktion.



# „Mehr aus unserem Land machen“

**Bundeskanzlerin Angela Merkel hat der Großen Koalition beim Politischen Aschermittwoch der CDU in Mecklenburg-Vorpommern einen guten Start bescheinigt.**

Vor den rund 3.000 Teilnehmern der Kundgebung in Demmin sagte die CDU-Vorsitzende, die Arbeit in der Koalition funktioniere „sehr gut“. Es hätten sich „Vertrauen und gegenseitiger Respekt“ herausgebildet. Nach dem „Versprochen – Gebrochen“ der rot-grünen Bundesregierung fassten auch die Menschen wieder „ein Stück Vertrauen in das politische Handeln“. Dies gelinge aber nur, wenn die Politik „keine Illusionen oder Luftschlösser“ aufbaue.

Zwar könne die CDU in der Großen Koalition nicht alles durchsetzen, was sie für richtig halte, räumte die Kanzlerin ein. Deshalb habe sie auch bewusst von kleinen Schritten gesprochen. Wenn sich aber gar nichts ändere, werde Deutschland von anderen Ländern abgehängt. Aufgrund dessen müssten



Angela Merkel und der Vorsitzende des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern Jürgen Seidel

die Deutschen in vielen Bereichen lernen, „neue Wege zu gehen“, so Merkel. Jahr für Jahr müsse „ein Stück des Weges“ geschafft werden.

Merkel bezeichnete die hohe Arbeitslosigkeit als Hauptproblem Deutschlands. Sie könne und werde sich nicht mit der Tatsache abfinden, dass allein in Mecklenburg-Vorpommern über 20 Prozent der Menschen arbeitslos seien: Das Credo der Bundesregierung laute „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Im Einzelnen plädierte die Kanzlerin für einen umfassenden Bürokratieabbau und schnellere Planungsverfahren bei Infrastrukturmaßnahmen, um so Beschäftigungshemmnisse abzubauen.

Ausdrücklich warb die CDU-Vorsitzende für die Wiederwahl der Ministerprä-

sidenten Günther H. Oettinger in Baden-Württemberg und Wolfgang Böhmer in Sachsen-Anhalt sowie für die Regierungsübernahme von Christoph Böhr in Rheinland-Pfalz und Jürgen Seidel in Mecklenburg-Vorpommern. Es sei gut,

dass es in den Ländern und im Bund keine rot-grünen Regierungen mehr gebe, aber auch die rot-roten müssten abgelöst werden. So habe sich seit dem Ausbruch der Vogelgrippe auf Rügen gezeigt, wie schlecht die Landesregierung zusammenarbeite. Sie sei weder dieser Aufgabe gewachsen noch der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Mit Blick auf die Fußball-WM sprach sich die Kanzlerin dafür aus, im Notfall die Bundeswehr auch im Innern einzusetzen. Zugleich stellte sie jedoch klar, dass die Soldaten nicht als Polizisten eingesetzt werden sollen. Ebenso wie Innenminister Wolfgang Schäuble plädierte Merkel dafür, an Plätzen mit Großbild-Übertragungen eine Videoüberwachung durchzuführen.



## Politisch-religiöser Dialog

## Gewalt ist kein Mittel zur Konfliktlösung

Auf Einladung des Vorsitzenden der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, nahmen der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Moussa, sowie 20 Botschafter und Vertreter der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga an einer Abendveranstaltung im Europäischen Parlament teil.

„Dieses Zusammentreffen war eine wichtige Gelegenheit zum Gedankenaustausch und zur Diskussion über Ideen und Werte. Wir haben damit den von der EVP-ED-Fraktion begonnenen politisch-religiösen Dialog stimuliert und fortgesetzt“, sagte Pöttering.

In seiner Rede kritisierte Pöttering erneut unmissverständlich jegliche religiöse Verspottung: „Bedauerlicherweise wird das in Europa immer mehr üblich. Manche betrachten die Lächerlichmachung von Religionen als Teil der freien Meinungsäußerung. Dieses Recht auf freie Meinungsäußerung muss und wird ohne Zweifel von uns verteidigt werden. Gleichzeitig müssen wir dieses Recht aber ausgewogen und verantwortungsbewusst hand-



Amr Moussa mit Hans-Gert Pöttering

haben. Die Freiheit der Meinungsäußerung muss dabei die daraus entstehenden möglichen Konsequenzen berücksichtigen“, betonte Pöttering. „Es muss bestimmte Grenzen geben, um die soziale Ordnung sicherzustellen und das Recht auf freie Meinungsäußerung verteidigen zu können. In diesem Fall werden diese Grenzen durch den Respekt für die religiösen Gefühle anderer definiert.“

Gleichzeitig verurteilte Pöttering scharf die Anwendung von Gewalt: „Gewaltsame Maßnahmen gegen einen Mitgliedstaat der EU werden von uns als gewaltsame Maßnahmen gegen alle Mitgliedstaaten der Union angesehen. Gewalt kann niemals ein Mittel zur Konfliktlösung sein. Wir dürfen

auf Polemik nicht mit Polemik reagieren, auf Aggression nicht mit Aggression und auf Unsensibilität nicht mit Unsensibilität. Toleranz ist keine Einbahnstrasse, sondern muss auf Gegenseitigkeit beruhen“, betonte Pöttering.

Der Fraktionsvorsitzende begrüßte auch die Anwesenheit von Benita Ferrero-Waldner, EU-Kommissarin für Außenbeziehungen, des Vorsitzenden des auswärtigen Ausschusses im Europaparlament, Elmar Brok MdEP, von Tokia Saïfi MdEP, Vorsitzende des Politischen Ausschusses für Sicherheit und Menschenrechte der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer sowie weiterer hochrangiger Mitglieder der EVP-ED Fraktion als Zeichen sowohl



für die Wertschätzung dieser Initiative der Fraktion als auch für die Bedeutung dieses Dialoges.

Lorenzo Cesa MdEP und Joao de Deus Pinheiro, beide Vizepräsidenten der EVP-ED-Fraktion, hoben in ihren Wortmeldungen die Arbeit der Fraktionsarbeitsgruppe mit dem Islam hervor, die nach den Europawahlen 2004 wieder ins Leben gerufen wurde: „Der erste politisch-religiöse Dialog in Bahrain vom November 2005 gab uns Hoffnung, ein neues Kapitel in der Geschichte der Beziehungen zwischen einem Kernland des Islam und Europa aufzuschlagen. Die EVP-ED-Fraktion hofft, dass dieser Dialog auch Parlamentarier anderer islamischer Staaten der Region mit einbeziehen wird“, sagte Cesa. „Die EVP-ED-Fraktion sieht die Notwendigkeit für diesen Dialog zur Ausarbeitung gemeinsamer Positionen zu bedeutenden Themen, auf der morali-

schen Basis unserer jeweils eigenen religiösen Traditionen. Solche gemeinsamen Positionen können zu Grundlagen einer engeren politischen und wirtschaftlichen Kooperation werden.“

### Breite Themenpalette

Zu den zahlreichen Themen, die im Laufe der Debatte angesprochen wurden, zählte auch die Bedeutung der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer als ein bevorzugter Ort zur Verstärkung der gemeinsamen Beziehungen und zur Förderung des Dialogs zwischen den Gesellschaften Europas und der arabischen Welt. Der Dialog, an dem sich auch die Botschafter der Arabischen Liga rege beteiligten, umfasste auch Themen wie eine mögliche Antwort auf die nukleare Bedrohung durch den Iran, die Möglich-

keiten für eine Unterstützung der Road Map für einen Frieden zwischen Palästina und Israel in Folge des Wahlsieges der Hamas und die notwendige Kooperation zwischen der Arabischen Liga und der EU für Stabilität im Irak.

„Unsere Völker müssen offener miteinander umgehen. Aber auch unsere Regierungen, politische Parteien und die politischen und religiösen Verantwortungsträger sowie die Internationalen und Europäischen Institutionen müssen sich der Gesellschaft der islamischen Länder mehr öffnen. In einer Zeit zunehmender Globalisierung, in der Wirtschaft, Finanzen, neue Technologien und die Medien traditionellen Beziehungen ein neues Modell gegenüberstellen, sollten wir zusammenarbeiten, um unseren Bürgern eine gegenseitige Akzeptanz zu ermöglichen“, sagte Pöttering abschließend.

## KÜSTERS NEUER BUNDESVORSITZENDER DES RCDS

Tim A. Küsters aus Düsseldorf ist neuer Bundesvorsitzender des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS). Der Jurastudent folgt auf Dorlies Last, die in diesem Jahr nicht mehr zu Wahl stand. Zudem wählten die Delegierten auf der diesjährigen Versammlung Karen von



Tim A. Küsters

Kibedi Varga (Universität Mannheim) und Carolin Stupp (Ludwig-Maximilians-Universität München) zu Stellvertretenden Bundesvorsitzenden.

Sachsen-Anhalt

## Kraftvoller Start in heiße Wahlkampfphase

Mit 600 Delegierten und Gästen sowie prominenter Unterstützung aus der CDU-Bundesspitze startete die sachsen-anhaltinische CDU in Barleben in die heiße Phase des Landtagswahlkampfes.

Spitzenkandidat und Ministerpräsident Wolfgang Böhmer zog in seiner Rede eine Bilanz der Regierungsarbeit seit 2002 und gab einen Ausblick auf die Ziele der CDU für die Regierungszeit 2006 bis 2011. So sei Sachsen-Anhalt bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gut vorangekommen, die Stimmung in der Wirtschaft habe sich deutlich aufgehellt und etliche Kennzahlen belegen, das Sachsen-Anhalt auf dem richtigen Weg ist. „Die Themen Wirtschaft und Arbeitsmarkt“, so Böhmer, „behalten weiterhin absolute Priorität.“

Als gut, professionell und verlässlich bezeichnete der Stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands und niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff die Arbeit der Landesregierung unter Wolfgang



Von links: Thomas Webel, Christian Wulff, Wolfgang Böhmer und Jürgen Seidel

Böhmer. Rückenwind erfahre die Böhmer-Regierung aus der Bundespolitik. Die 100-Tage-Bilanz der Bundesregierung dürfte selbst den letzten Zweifler überzeugt haben, dass Angela Merkel „eine tolle Bundeskanzlerin“ ist und zudem das richtige Gespür für die Probleme Ostdeutschlands hat, so Wulff. Zugleich warnte er vor den Gefahren einer möglichen rot-roten Regierung in Sachsen-Anhalt: „Bündnisse zwischen SPD und PDS sind bislang immer gescheitert.“

Der Vorsitzende des sachsen-anhaltinischen Landesverbandes, Thomas Webel, sieht das Land vor einer Grundsatzentscheidung: „Am 26. März entscheiden

die Wähler, ob in Sachsen-Anhalt auch weiterhin eine konsequente Politik für mehr Wachstum und Arbeit gemacht werden kann oder es mit Rot-Rot auf einen Abstiegskurs geht. Deshalb will die CDU mit Abstand die stärkste Partei werden, damit Wolfgang Böhmer Ministerpräsident bleibt und wir die erfolgreiche Koalition mit der FDP fortsetzen können. Denn das wäre das Beste für unser Land und seine Menschen.“

Eine umfangreiche  
Berichterstattung rund  
um den Wahlkampf  
finden Sie auf [http://  
www.cdulsa.de](http://www.cdulsa.de)





Rheinland-Pfalz

## Ausbildung und Schule besser verzahnen

Im Rahmen des Landtagswahlkampfes besuchte die Vorsitzende der CDU Deutschlands und Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen mit dem Landesvorsitzenden Christoph Böhr die Firma Karl Otto Braun in Wolfstein.

Im gemeinsamen Gespräch mit den Auszubildenden des mit rund 800 Beschäftigten größten mittelständischen Unternehmens im Kreis Kusel betonten Angela Merkel und Christoph Böhr wie wichtig Bil-



Foto: Frank Ossenbrink

dung gerade in jungen Jahren ist. „Schon im Kindergarten werden die Grundsteine für den weiteren Bildungsweg gelegt“, sagten Angela Merkel und Chri-

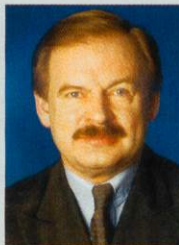
stoph Böhr. Mit Blick auf die weitere Schullaufbahn forderte Christoph Böhr eine „stärkere Verzahnung von berufspraktischer Ausbildung und Schule“.

### HAMBURG: FISCHER IM AMT BESTÄTIGT

**Dirk Fischer heißt der alte und neue Vorsitzende der Hamburger CDU. Mit 82% wählten die Delegierten den verkehrs- und baupolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion auf einem Landesparteitag für weitere zwei Jahre an ihre Spitze.**

Als stellvertretende Parteivorsitzende wurden die Bundestagsabgeordneten Antje Blumenthal und Jürgen Klimke, sowie die Senatoren Michael Freytag und Birgit Schnieber-Jastram gewählt. In

seiner Rede betonte Dirk Fischer: „Den klaren Wählerauftrag haben wir bisher erfolgreich und konsequent genutzt, um unsere wachsende Stadt in zentralen Politikfeldern weiter nach vorne zu bringen. Wir haben gemeinsam hart gearbeitet, um unsere ‚grüne Metropole am Wasser‘ zu dem zu machen, was Hamburg auszeichnet: ■ eine Stadt mit hoher Lebensqualität, in der



Dirk Fischer

man gerne lebt, wohnt und arbeitet; ■ eine sichere Metropole, in der sich insbesondere Familien mit Kindern wohl fühlen; ■ eine Stadt, die wirtschaftliche Dynamik und

Aufschwung verkörpert!“ Mit Bürgermeister Ole von Beust habe sich die Hansestadt zu einer pulsierenden Metropole mit internationaler Ausstrahlung entwickelt.

## Ohne mehr Flexibilität kein Jobwunder

**Bundesregierung und Koalitionsfraktionen haben die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zu Recht zu einer ihrer wichtigsten politischen Aufgaben gemacht.**

Die aktuellen Arbeitsmarktdaten aus Nürnberg zeigen, dass weitere Anstrengungen dringend erforderlich sind, zumal die amtliche Zahl von 5,048 Mio. Arbeitslosen nicht die ganze Wahrheit ist. Hunderttausende von Erwerbslosen sind weiterhin in arbeitsmarktpolitischen Programmen versteckt.

Bei der Stimulierung von Wachstum und Beschäftigung darf es weder um Parteipolitik noch um Ideologie gehen. Im Vordergrund sollte einzig und allein stehen, was den Menschen, die Arbeit suchen, hilft. Auch die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages müssen sich

daran messen lassen.

Für mehr und nachhaltige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland kann nur der Mittelstand sorgen, der über 70 Prozent aller Arbeitsplätze stellt. Wenn nur jeder zweite der rund 3,3 Millionen kleinen und mittleren Betriebe hierzulande einen Erwerbssuchenden einstellen würde, könnte die Arbeitslosigkeit um ein Drittel gesenkt und ein Jobwunder entfacht werden.

Alle Experten sind sich einig: Neben günstigen volkswirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ist mehr Flexibilität am deutschen Arbeitsmarkt entscheidend. Daran müssen sich alle geplanten Maßnahmen messen:

- Der Kombilohn ist ein stumpfes Schwert im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, wenn nicht ein funktionierender Niedriglohnsektor mit ausreichendem Arbeitsplatzangebot existiert. Ohne Anreize für einfache Arbeiten bleiben Kombilöhne



Michael Fuchs

wirkungslos. Das bestehende Arbeitslosengeld II erfüllt diese Voraussetzungen nicht. Auch ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn schafft noch keinen einzigen Arbeitsplatz, sondern wirkt eher kontraproduktiv und beschleunigt die Verlagerung von einfachen Tätigkeiten in Niedriglohnländer.

- Auch wenn bislang keine Einigung erzielt werden konnte, haben Union und SPD in den Koalitionsverhandlungen zu Recht festgestellt, dass betriebliche Bündnisse unter Wahrung der Tarifautonomie ein wichtiges Instrument zur Beschäftigungssicherung sind. Für den Mittelstand als größtem Arbeitgeber sind sie elementar. Tarifpartner und Politik müssen auch über dieses Element noch einmal intensiv nachdenken.

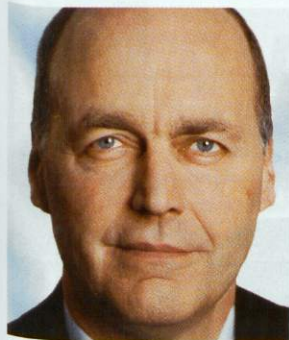
- Die 2003 eingeführten Minijobs haben sich als Erfolgsschlag für Branchen

### HINTERGRUNDINFOS

Umfangreiche Informationen zur 100-Tage-Bilanz finden Sie auf [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de)

- Faktensammlung (PDF, 7 Seiten)
- Flugblattset (5 Flugblätter)
- Presseschau (Lang-, Kurzfassung)
- Sprechzettel von Ronald Pofalla zur Pressekonferenz





Laurenz Meyer

mit hohen saisonalen Schwankungen und im Kampf gegen Schwarzarbeit erwiesen. Gerade Frauen und Geringqualifizierten erleichtern sie einen späteren Wiedereinstieg in Vollzeittätigkeiten. Die Attraktivität dieses Instruments sollte nicht ohne Not geschwächt werden.

Insgesamt muss gelten: Ein kluges und abgestimmtes Gesamtkonzept am Arbeitsmarkt geht vor Schnellschüssen und Flickschusterei. Das haben die Hartz-Reformen schmerzlich gezeigt.

**Michael Fuchs** ist der mittelstandspolitische Fraktionssprecher.

### Positive Signale am Arbeitsmarkt durch konsequente Arbeit stärken

**Die verbesserte Stimmung bei Unternehmern und Verbrauchern hat die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt gegenüber dem Vorjahr begünstigt – und das trotz des harten Winters.**

**Die deutlich gestiegene Zahl der offenen Stellen ist ein weiteres Indiz für eine optimistische Prognose.**

Jetzt gilt es durch konsequentes und zügiges Umsetzen der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Maßnahmen und Reformen die Voraussetzungen für einen nachhaltigen Aufschwung zu schaffen und die optimistische Stimmungslage zu stärken. Nur bei Neueinstellungen und mehr regulärer Beschäftigung werden die Arbeitnehmer die Angst um ihren Arbeitsplatz verlieren. Das wird dann auch durchschlagende Wirkung auf die Inlandsnachfrage haben.

**Laurenz Meyer** ist der wirtschaftspolitische Fraktionssprecher.

## HISTORISCHES ERGEBNIS FÜR CDU IN LEIPZIG

**Zum Ausgang der Oberbürgermeister-Wahlen in Leipzig erklärt der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla:**

Unser Spitzenkandidat Uwe Albrecht darf sich als der wahre Sieger dieser Wahl fühlen. Mit 44 Prozent hat er für die CDU ein historisches Ergebnis erzielt. Das ist das beste Ergebnis, das wir jemals in Leipzig erzielt haben.

Das ist vor allem der Verdienst von Uwe Albrecht, der einen tollen Wahlkampf geführt und bis zuletzt gekämpft hat. Dafür danke ich ihm ausdrücklich im Namen der gesamten Partei. Das Ergebnis von Leipzig unterstreicht den positiven Trend für die CDU insgesamt und



Ronald Pofalla



Uwe Albrecht

ist eine gute Vorlage für die anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt und die Kommunalwahlen in Hessen.

## Bestellschein > Medaille „60 Jahre CDU“

Union Betriebs-GmbH

Postfach 1190

53348 Rheinbach

**Fax 02226/802-111**

Bestellung auch über das Druckportal des CDUNet



Die Lieferung wird erbeten  
gegen Rechnung an folgende Anschrift:

(Bitte keine Postfachanschrift!)



Absender/KV-Nr. Rechnungsanschrift		Lieferanschrift (falls nicht identisch)
CDU-Verband oder Name	<input type="text"/>	CDU-Verband oder Name
Ansprechpartner	<input type="text"/>	Ansprechpartner
Straße, Nr.	<input type="text"/>	Straße, Nr.
PLZ, Ort	<input type="text"/>	PLZ, Ort
Telefon	<input type="text"/>	Telefon

### Anlässlich der Gründung der CDU vor 60 Jahren

**Die Vorderseite** mit dem Motiv „60 Jahre CDU. – Erfolgreich für Deutschland. – 1945-2005.“

**Die Rückseite** mit den umlaufenden Namen aller Parteivorsitzenden von Konrad Adenauer bis zu Angela Merkel und dem Motiv „Besser für die Menschen. – CDU“

Anzahl	Material	Beschreibung
	Bronze	Vorderseite einseitig geprägt, oberer Teil sandgestrahlt, mittlerer Teil gebürstet, unterer Teil glänzend, Schriften poliert, Rückseite gebürstet, 50 mm Durchmesser, im Etui Stückpreis <b>18,00 Euro</b> , einschließlich Mehrwertsteuer, zuzüglich Porto und Verpackung.
	Feinsilber 1000	Vorderseite einseitig geprägt, oberer Teil sandgestrahlt, mittlerer Teil gebürstet, unterer Teil spiegelglanzgeprägt, Schriften poliert, Rückseite spiegelglanzgeprägt, 40 mm Durchmesser, im Etui, Stückpreis <b>40,00 Euro</b> , einschließlich Mehrwertsteuer, zuzüglich Porto und Verpackung.

### Widerrufsrecht

Mir ist bekannt, dass ich diesen Auftrag innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an das UBG-Medienzentrum widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum / Unterschrift

### So erreichen Sie uns!

Bei Rückfragen steht Ihnen jederzeit zu Verfügung:

Christa Greef

Telefon: 0 22 26/8 02-1 02

Union Betriebs-GmbH  
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach  
christa.greef@ubg-medienzentrum.de





### Logo-Bogen „CDU“

bedruckte selbstklebende Logos auf Trägerpapier,  
Bogen mit 13 Logos in verschiedenen Größen und  
Ausführungen, Größen von 13,0 x 4,3 cm bis 48 x 20 cm

Bestell-Nummer: **0546**  
Preis je **1 Bogen: 22,00 €**  
inkl. MwSt.: 25,52 €

### Aufkleber „CDU“

Größe: 5 x 3 cm

Bestell-Nummer: **9891**  
Preis je **100 Stück: 4,00 €**  
inkl. MwSt.: 4,64 €



### Notizblock

Format DIN A7, 50 weiße Blätter

Bestell-Nummer: **9813**  
Preis je **50 Stück: 28,00 €**  
inkl. MwSt.: 32,48 €



### Bleistift

Bestell-Nummer: **9036**  
Preis je **100 Stück: 13,50 €**  
inkl. MwSt.: 15,66 €



## Fußballjahr 2006 – aktiv dabei!



### Trainings- u. Wettkampffußball

Das MUSS in diesem Jahr! Für jedes Turnier, als Präsent oder „einfach nur so“.

Bestell-Nummer: **9614**

Preis je **Stück: 13,20 €**

inkl. MwSt.: 15,31 €

### Unsere kleinen Fußballle ...



### Sonderpreis

#### Kleiner Ball – in 2 versch. Farben

20 Bälle im Netz, inkl. einer Ballpumpe. Er ist wie ein richtiger Fußball, jedoch kleiner und handlicher. Ideal für Sommerfeste, für Spiel und Spaß oder als Kleinwerbe-mittel.

Bestell-Nummer: **9823**

Preis je **20 Stück: 25,80 €**

inkl. MwSt.: 29,93 €

### ... auch im Doppelpack



#### Kleiner Ball – als Doppelpack – schon aufgepumpt

Bestell-Nummer: **9824**

Preis je **2 Bälle: 6,00 €**

inkl. MwSt.: 6,96 €





**Leporello**  
**„Neue Möglichkeiten für Jugendliche.“**

Bestell-Nummer: **2284**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Neue Möglichkeiten für Forscher.“**

Bestell-Nummer: **2285**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Herausforderungen und Chancen für Hochschullehrer und Studierende.“**

Bestell-Nummer: **2286**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Bessere Chancen für Menschen in den neuen Ländern.“**

Bestell-Nummer: **2287**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Mehr Qualität für Schüler und Lehrer.“**

Bestell-Nummer: **2288**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Bessere Chancen für Arbeitsuchende.“**

Bestell-Nummer: **2289**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Unsere Konzepte in der Steuerpolitik.“**

Bestell-Nummer: **2290**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Mehr Sicherheit.“**

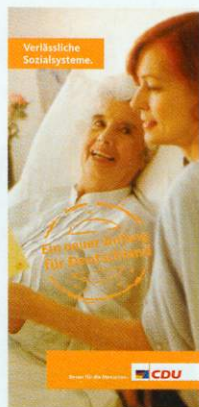
Bestell-Nummer: **2291**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €





**Leporello**  
 „Verlässliche Sozialsysteme.“

Bestell-Nummer: **2292**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



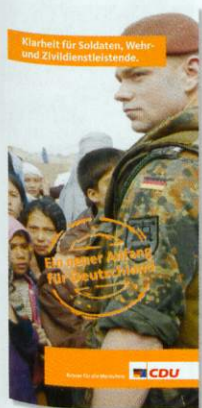
**Leporello**  
 „Bessere Startchancen für Existenzgründer.“

Bestell-Nummer: **2293**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
 „Mehr Chancen für Mittelständler.“

Bestell-Nummer: **2294**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
 „Klarheit für Soldaten, Wehr- und Zivildienstleistende.“

Bestell-Nummer: **2295**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
 „Bessere Chancen für Frauen.“

Bestell-Nummer: **2296**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
 „Neue Chancen für Menschen  
 in den Städten und Gemeinden.“

Bestell-Nummer: **2297**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
 „Neue Chancen in der Energie-  
 und Umweltpolitik.“

Bestell-Nummer: **2298**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
 „Mehr Schutz für Verbraucher.“

Bestell-Nummer: **2299**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Neue Chancen für die Landwirtschaft.“**

Bestell-Nummer: **2300**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Mehr Möglichkeiten für Familien.“**

Bestell-Nummer: **2301**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Bessere Zukunftschancen für Arbeitnehmer.“**

Bestell-Nummer: **2302**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Mehr Möglichkeiten für ältere Menschen.“**

Bestell-Nummer: **2303**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



UBG  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, DPAG  
Entgelt bezahlt.



## Der Fußballplaner zur Weltmeisterschaft

Bestell-Nummer: **9849**  
Preis je **500 Stück: 16,00 €**  
inkl. MwSt.: 18,56 €

**Lieferbar ab dem 10. März 2006!**

### BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
CDU-Kundenbetreuung  
Telefax 05241-8094165  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de